

# Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Wochenpreis vierteljährl. RM. 3.00 einschließl. des Post-Unterhaltungsblattes in der Reichshauptstadt, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

**Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshäbel, Neuheide, Oberkügengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterkügengrün, Wüdensthal usw.**

Anzeigenpreis: die Kleinpaltige Zeile 20 Bsp., auswärts 25 Bsp. Im Anzeigenteil die Zeile 30 Bsp. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Bsp. Ausnahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für gewöhnliche Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher ausgegebenen Anzeigen.

Verl.-Adr.: Amtsblatt.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Verantwortl. Nr. 110.

Nr 158.

Sonnabend, den 12. Juli

1919.

## Nichtpreise für Bienenhonig.

Nachdem zufolge Verordnung des Reichsernährungsministeriums vom 3. Mai 1919 (R.-G.-Bl. S. 445) die mit Verordnung vom 26. Juni 1917 (R.-G.-Bl. S. 559) festgesetzten Höchstpreise für Honig außer Kraft getreten sind, werden für Bienenhonig auf Grund §§ 12, 15 der Reichsverordnung vom 26. September 4. November 1915 (R.-G.-Bl. S. 611, 728) folgende

### Nichtpreise

festgesetzt:			
Bei Abgabe vom Erzeuger an den Händler	RM. 4.00	das Pfund	
" " " Erzeuger " " Verbraucher	" 4.25	" "	
" " " Händler " " Verbraucher	" 5.00	" "	
Diese Preise verstehen sich ausschließlich Verpackung.		209 c V L A I c	7542
Dresden, den 8. Juli 1919.			

Wirtschaftsministerium,  
Landeslebensmittelamt.

## Städtischer Fleischverkauf

Sonnabend, den 12. d. s. Monats.

Zur Verteilung gelangen:

100 g Rindfleisch zu 68 Bsp. und  
25 g Wurst " 15 "

Kinder unter 6 Jahren erhalten die Hälfte.

Umlauber werden bei Martin Müller beliefert.

Eibenstock, den 11. Juli 1919.

Der Stadtrat.

## Nach dem Bielwege

kann wieder Nähe angefahren werden.

Eibenstock, den 11. Juli 1919.

Der Stadtrat.

Die Preisliste der Gemeinnützigen Einkaufsgesellschaft in Aue liegt in der Ratskanzlei zur Einsicht aus.

## Die letzte Woche.

Der Unterzeichnung des Friedensvertrages in Versailles ist die Ratifizierung durch die Nationalversammlung und den Reichspräsidenten Ebert in Weimar gefolgt, und die Notwendigkeit der Erfüllung unserer Verpflichtungen tritt damit in den Vordergrund. Wir haben bis 1921 20 Milliarden Gold oder Goldwert, das sind nach dem heutigen Stande der deutschen Valuta 50 000 Millionen Mark, zu bezahlen, und schon diese Aussicht sollte jedem Deutschen veranlassen, sich auf sich selbst zu besinnen. Denn dieser ungeheure Betrag und alle später folgenden noch größeren Summen können nicht aus der Erde gestampft, sondern müssen von der Gesamtheit der deutschen Steuerzahler aufgebracht werden. Aber Streiks und Putschversuche mit den folgenden schweren Verkehrshemmnissen dauern fort, und die Wirtschaft wird in weiten Kreisen des Volkes von Woche zu Woche größer. Daß dabei die Unternehmungs-Energie sinken muß, ist unvermeidlich, und das fällt gerade in eine Zeit, wo wir dem Ausland gegenüber den Beweis unserer Leistungsfähigkeit abgeben müssen. Die fremdländische Konkurrenz rüftet sich zum Einmarsch in Deutschland. Was sie an Verdienst an sich reißt, fehlt uns zur Bezahlung unserer Schulden an die Entente.

Die Nationalversammlung in Weimar hat durch den Reichsfinanzminister Erzberger vernommen, daß zur Deckung des Geldbedarfs die Reichseinkommen um 90 Prozent erhöht werden müssen. Das Reich wird für die deutschen Einzelstaaten der große Steuer-Souverän werden, man kann auch dafür den drastischen, aber zutreffenden Ausdruck der „große Zinsschlucker“ gebrauchen, denn durch die Vermögensabgabe, die doch nicht stets in bar ausgezahlt werden kann, wird das Reich Teilhaber an dem größten Teil des deutschen Besitzes werden. Der Finanzminister verkennt aber nicht, daß sich so mancher Gewerbegehilfe und technische Arbeiter heute besser stellt als ein früher wohlhabender Rentier, es ist also auf eine Ausföhrung der Vermögensabgabe zu rechnen, die den wirklichen Verhältnissen Rechnung trägt. Auch den Parteien ist die Schwere der gesamten Steuerausbringung klar, und damit auch die Notwendigkeit, den schrankenlosen Millionen-Ausgaben ein Ziel zu setzen. Abbau der Löhne durch billigere Lebensmittel und der Erwerbslosenunterstützung durch lohnende Arbeit sind erstrebenswerte Ziele, die energisch verfolgt und verwirklicht werden müssen. Die nach der Vollziehung des Friedensvertrages aufzuhebende Blockade wird ein wesentliches Mittel sein, um bessere Verhältnisse im Arbeitsleben zu erreichen, und wir werden deshalb energisch darauf halten müssen, daß die Befestigung der Blockade nicht hinausgeschoben wird.

Die Fertigstellung der Reichsverfassung ist in der Nationalversammlung ein erhebliches Stück gefördert, doch zeigen sich auch Meinungsverschiedenheiten, besonders über die Frage der Aufstellung des preussischen Staates, der das sozialistische preussische Ministerium Hirth ganz entschieden widerspricht. Es ist auch daraus kein Nutzen zu erwarten, und bei einer Volksabstimmung würde zweifellos jeder solcher Vorschlag mit großer Mehrheit zurück-

gewiesen werden. Die alte staatliche Organisation hat sich auch in diesen wildbewegten Uebergangszeiten bewährt, sie ist der wahre Träger der Existenz des Reiches gewesen. Ohnedem hätte alle steuerliche Leistungsfähigkeit aufgehört, und wir stecken im tiefsten allgemeinen Zusammenbruch drin. Was und ob in der Zusammenfassung der deutschen Staaten etwas zu ändern ist, das zu entscheiden, können wir getrost der Zukunft überlassen. Heute haben wir wichtigeres zu tun.

Lebhaft, selbst leidenschaftlich ist die Forderung der Entente erörtert worden, den früheren deutschen Kaiser, deutsche Heerführer und Staatsmänner vor Gericht zu stellen, die ihre Hauptstütze in der Londoner Regierung hat. Dabei ist kein Zweifel, daß sehr weite Kreise in England und in Frankreich und nahezu ganz Amerika dagegen sind. Daß es sich um einen Gewaltakt und nicht um ein Rechtsverfahren handelt, wird selbst von Lloyd George kaum bestritten, es soll aber ein Exempel gegen Deutschland und sein früheres Reichsoberhaupt statuiert werden, damit nicht wieder Monarchen oder Regierungen einen solchen Krieg begännen. Lloyd George hält doch selbst nicht eine Wiederholung des Weltkrieges für möglich. Das ist es also nicht! Wohl liegt aber England daran, den vielen Millionen seiner Kolonialvölker, namentlich in Indien, unter denen es bedenklich gährt, zu zeigen, daß Großbritannien der Herr der Welt ist, daß es gegen seine Macht keine Auslieferung gibt, denn in der englischen Hauptstadt wird über den mächtigen früheren deutschen Kaiser Gericht gehalten werden. Das wird auf alle diese Völker einen ganz gewaltigen Eindruck machen, der politischen und Handelsmacht Englands außerordentlich nützen. Deshalb dieser Gewaltakt, der der Kultur des Jahrhunderts Hohn spricht. England will der ganzen Menschheit seine Macht zeigen. Es wird abzuwarten sein, ob nicht doch noch eine Wendung in dieser Angelegenheit, die dem Völkerrecht ebensowenig entspricht, wie der heutigen Kulturauffassung, eintritt.

Den Friedensglück ist in den Ententestraten auch nichts zu merken, wenn auch Frankreich am 14. Juli, dem Tage des französischen Nationalfestes zur Erinnerung an den Bastillesturm von 1789, ein großes Siegesfest veranstalten will. Die Forderungen der Soldaten nach beschleunigter Demobilisierung werden immer lauter, und in Italien ist es deshalb zu schweren Unruhen gekommen. Auch unter den französischen Regimentern zeigten sich Widersektigkeiten. Dazu gesellen sich die finanziellen Schwierigkeiten, die in Frankreich kaum geringer sind, wie in Deutschland. Präsident Wilson ist in Amerika bei seiner Rückkehr mit den üblichen Ovationen empfangen, hat aber im Senat zu Washington mit einer scharfen Kritik des Friedensvertrages zu rechnen, und besonders des neuen Dreiebundes, durch welchen sich England und Amerika verpflichten, Frankreich gegen einen von diesem nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands zu schützen. Daß wir nicht an einen Angriffskrieg denken, leuchtet auch den Amerikanern ein, und sie meinen mit Recht, daß sie mehr an Japan zu denken haben, wie an Frankreich. Da die Vereinigten Staaten auch das Mandat für die Besetzung von Türkisch-Berberasien übernehmen sollen, haben sie auch gerade Verantwortung und Beschäftigung au-

ßerhalb Amerikas genug. Aber Wilson wird heute seinen Willen durchsetzen, was daraus für die Zukunft entsteht, kümmert ihm zunächst nicht. Wm.

## Oberbefehlshaber aus dem Kriege.

Von allen feindlichen Befehlshabern im Kriege zusammen ist nicht so viel gesprochen worden, wie von unserem Hindenburg allein, und was von ihm gesagt wurde, war selbst in Feindesland achtenswert. Außer diesem war die Welt seines Ruhmes voll. Selbst wenn er nur die Schlacht bei Tannenberg, dieses Meisterstück von Energie und Strategie, gewonnen hätte, würde er zu den ersten Feldherren aller Zeiten zählen. Wenn sich die feindlichen Befehlshaber im letzten Kriegsjahre viel mit Ludendorff beschäftigten, geschah es, weil sie Hindenburg nichts vorzumerken wußten. Jetzt, wo der Feldmarschall seinen schon früher mitgeteilten Entschluß ausgeführt und das Oberkommando niedergelegt hat, ist er der Vollendung des 72. Lebensjahres nicht mehr fern, wird es überall heißen, er war ein Mann der größten Tat und der größten unbestrittenen Autorität. Ohne diese letztere wäre die erstere nicht möglich gewesen.

Die Franzosen feiern ihren Marschall Foch als den Sieger, aber der Widerhall aus den Kreisen der französischen Generalität ist merkwürdig einseitig. Gewiß ist Foch ein tüchtiger Mann, aber er scheint seinen Landsleuten zu sehr zu verstehen gegeben zu haben, daß nur er wirklich etwas vom Kriegswesen verstände, und das hat arg verknüpft. In Paris ist ganz offen der General Mangin als derjenige genannt, der den „französischen Sieg vorbereitet“ habe.

Noch deutlicher sind die Engländer, die unverblümt sagen, daß ihr Marschall Haig durch die Schlacht am 9. August 1918 die Entscheidung herbeigeführt habe. Und die Amerikaner betrachten sich überhaupt als die eigentlichen Sieger. Ihr Oberbefehlshaber Pershing steht sich ebenso wie der Schotte Haig mit Marschall Foch sehr kühl. Außerdem wird auch dem früheren französischen Generalissimo Joffre erneute Ehre zuteil. Es heißt in Pariser Zeitungen, wenn Joffre den Krieg nicht so lange hingezogen hätte, hätte Foch ihn nicht gewinnen können. Die Bismarckmänner zwischen Joffre und Foch werden nicht erwähnt; nur Marschall Petain, der Verteidiger von Verdun, fordert Anerkennung. Auch von dem ersten englischen Oberbefehlshaber Marschall French, ist kaum noch die Rede.

Der italienische Oberbefehlshaber Cadorna mußte nach der großen deutsch-österreichischen Offensive vom Herbst 1917, die unsere Waffen bis tief nach Oberitalien hineinführte, zurücktreten, weil seine Truppen teilweise versagten. Er war kein Genie, aber leistungsfähig, was ihm möglich war. Daß er nicht so schnell, wie man in Rom dachte, den Sieg gewinnen konnte, hat er vorausgesagt. Sehr bedauert haben wir den im Frühjahr 1918 erfolgten Rücktritt des tatsächlichen Velters der österreichisch-ungarischen militärischen Operationen, des Feldmarschalls Konrad von Höhendorsff. Es waren Hofintrigen, denen der ausgezeichnete Mann zum Opfer gefallen ist, dieselben Intrigen, die zu heimlichen Verhandlungen aus Wien mit dem Feinde führten, und die ihre Hauptstütze an der Kaiserin Sita hatten.

Die russischen Heerführer haben samt und sonders kein Glück gehabt, vom Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch an bis zum General Brussilow. Sie operierten mit Gewaltstürmen, die Millionen das Leben